

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Gegen Migrantengewalt an Silvester: Konsequente Maßnahmen gegen die Aushöhlung des Rechtsstaats!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Aufhebung des Aufenthaltstitels rechtskräftig verurteilter Ausländer sowie ihre anschließende Abschiebung nach Verbüßen ihrer Strafe zu veranlassen, wenn diese im Zusammenhang mit Gewalttaten zu Silvester verurteilt wurden.
2. beim BAMF darauf hinzuwirken, den Asylstatus solcher Straftäter zu beenden.
3. ein lebenslanges Einreiseverbot für ausländische Täter zu verhängen, die aufgrund solcher Verbrechen abgeschoben wurden.
4. den präventiven Gewahrsam für Intensiv- und Wiederholungstäter, die durch Missbrauch von Pyrotechnik oder Angriffe auf Einsatzkräfte auffällig geworden sind, rechtlich abzusichern und konsequent anzuwenden, insbesondere präventiv im unmittelbaren Vorfeld der Silvesterfeierlichkeiten.
5. bei Doppelstaatlern die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft durchzusetzen, sofern diese im Zusammenhang mit silvestertypischen Straftaten zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wurden. Bei ausländischen Tätern soll eine wirksame Verhinderung künftiger Einbürgerungen dauerhaft sichergestellt werden.

Begründung

Die Silvesterkrawalle 2024/25 haben deutlich gemacht, dass die bestehenden Gesetze und Maßnahmen zur Abschreckung von Gewaltkriminalität nicht ausreichen. Trotz der bereits in den vergangenen Jahren verschärften Forderungen nach abschreckenden sowie präventiven Maßnahmen ist die Zahl der sogenannten silvestertypischen Straftaten erneut gestiegen – von 1.328 im Vorjahr auf 1.453 in diesem Jahr. Besonders alarmierend ist der hohe Anteil von deutschen

Tatverdächtigen mit Migrationshintergrund oder von Ausländern: Laut Berliner Polizei stellen Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund fast 80 % der Festgenommenen, obwohl sie nur etwa 40 % der Berliner Bevölkerung ausmachen.¹

Die detaillierte Analyse der Vornamen deutscher Tatverdächtiger zeigt zudem, dass auch unter diesen ein erheblicher Anteil einen Migrationshintergrund aufweist. Von den mehr als 400 deutschen Tatverdächtigen tragen rund 65 % Vornamen, die eindeutig migrantischen Ursprungs sind, häufig muslimischer Herkunft. Diese Daten belegen, dass die Problematik der Silvesterkrawalle eng mit spezifischen Migrantenmilieus verknüpft ist, die durch eine fehlende Integration und mangelnde Akzeptanz des Rechtsstaates auffallen.²

Die Angriffe auf Einsatzkräfte und unbeteiligte Bürger sowie der Missbrauch von Pyrotechnik haben ein erschreckendes Ausmaß erreicht: 58 Einsatzkräfte wurden angegriffen, davon 17 verletzt, acht durch Pyrotechnik. Zudem gab es hunderte Verletzte durch Feuerwerkskörper, teils mit lebenslangen Folgen, darunter wurde ein Kind lebensgefährlich durch einen illegalen Sprengkörper verletzt. Die Zahl der Sachbeschädigungen ist besonders stark gestiegen: von 139 in 2023/24 auf 531 dieses Silvester. Kugelbomben zerstörten in Schöneberg 34 Wohnungen und machten diese zeitweise unbewohnbar. Besonders beispielhaft ist der Fall eines arabischstämmigen Influencers, der eine Rakete in ein Wohnhaus schoss und damit schwere Sachschäden und eine Gefährdung von Menschenleben verursachte.³

Diese Entwicklungen sind Ausdruck eines zunehmenden staatlichen Kontrollverlusts, insbesondere in bestimmten Migrantenmilieus, die ihre Verachtung gegenüber dem Rechtsstaat und der deutschen Gesellschaft durch Gewalt demonstrieren. Ahmad Mansour, Extremismusforscher und Islamismusexperte, hat wiederholt darauf hingewiesen, dass kulturinkompatible Strukturen und eine fehlende Akzeptanz des Rechtsstaates in vielen muslimischen Familien zu einer erhöhten Gewaltbereitschaft führen. Viele Täter handeln aus einer Haltung heraus, die den deutschen Staat verachtet und keinerlei Konsequenzen fürchtet – ein Zustand, der das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat massiv untergräbt.⁴

Trotz all der politischen Debatten zur Silvesterkriminalität in den letzten zwei Jahren wurden die Straftaten kaum geahndet. So wurden im Nachgang der Silvesternacht von 2022/23 zwar 228 Strafverfahren eingeleitet, aber Ende Oktober 2023 waren die Hälfte von ihnen bereits eingestellt worden, und in nicht einmal einem Zehntel der Fälle waren Sanktionen verhängt worden. Für alle liegt damit offen zutage, dass die bisherigen Maßnahmen keine ausreichende abschreckende Wirkung entfalten konnten. So agieren die Täter immer gewalttätiger und rücksichtsloser, was nicht nur die Sicherheit der Bürger gefährdet, sondern auch Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr, THW und Rettungsdiensten massiv belastet. Dies erfordert eine klare Antwort des Staates: Straftäter müssen schnell und konsequent die Härte des Rechtsstaates spüren.⁵

Insbesondere bei Tätern mit Migrationshintergrund oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind restriktive Maßnahmen wie Abschiebungen und Einreiseverbote unerlässlich, um weitere

¹ <https://www.nius.de/kriminalitaet/news/berlin-silvester-migranten-vornamen-verhaftungen/2676b9c5-4d31-4f86-87fa-a2ea83049028>

² ebd.

³ <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2025/01/berlin-straftaten-silvester-2024-angriff-polizei-boellerverbot-zone-sachbeschadigung-pyro.html>; <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2025/01/berlin-silvester-raketen-schuss-influencer-zuegige-anklage.html>

⁴ <https://www1.wdr.de/nachrichten/silvester-gewalt-feuerwerk-jugendliche-100.html>

⁵ <https://www.berliner-zeitung.de/news/berlin-straftaten-mit-silvester-boellern-werden-kaum-geahndet-li.2150259>

Straftaten zu verhindern und das Sicherheitsempfinden der Bürger wiederherzustellen. Die Abkennung der deutschen Staatsbürgerschaft bei Doppelstaatlern sowie die Verhinderung künftiger Einbürgerungen bei straffälligen Ausländern sind notwendige Schritte, um den Rechtsstaat zu verteidigen und das Problem an der Wurzel zu packen.

Die brutalen Silvesterkrawalle sind nicht nur ein Problem von Kriminalität – sie sind ein Symptom einer gescheiterten Migrations- und Integrationspolitik sowie eines eklatanten Kulturverfalls. Es bedarf nunmehr eines entschlossenen Umdenkens: Null Toleranz für Gewalt gegen den Staat und seine Institutionen! Nur durch konsequente Maßnahmen und eine Wende in der Migrationspolitik können wir verhindern, dass sich solche gewaltsamen Ausschreitungen wiederholen und das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat zurückgewinnen.

Berlin, den 8. Januar 2025

Dr. Brinker Gläser Woldeit Lindemann
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion